

Zum Problem der internationalen Einigung

Autor(en): **Grimm, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328401>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

1. HEFT

SEPTEMBER 1922

II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zum Problem der internationalen Einigung.

Von Robert Grimm.

Im Februar 1921 ist in Wien die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien gegründet worden. Diese Gründung war eine bewußt gewollte Demonstration gegen die zweite und gegen die dritte Internationale.

Die Einberufung der Wiener Konferenz erfolgte durch ein von sieben sozialistischen Parteien unterzeichnetes Manifest. In diesem Manifest wurde im Hinblick auf die Orgien des Imperialismus und die Bedrohung der revolutionären Errungenschaften die Notwendigkeit betont, „alle Kräfte des Weltproletariats zu sammeln und in den Mittelpunkt seines Kampfes die sozialistischen E n d f o r d e r u n g e n zu stellen.“

Die sieben Parteien, die am 7. Dezember 1920 das „B e r n e r M a n i f e s t“ erließen, hatten damals die Lehren des Krieges noch nicht vergessen. Sie wußten, daß die proletarische Einigung beruhen muß auf der Grundlage gemeinsamer Anschauungen über Prinzipien, Taktik und Methoden des proletarischen Klassenkampfes, sie wußten, daß die proletarische Einigung nie und nimmer bloße Formsache sein kann. Die Sprengung der zweiten Internationale bei Kriegsausbruch, die Ursachen dieser Sprengung, die bitteren Erfahrungen der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit hatten diese Erkenntnis scheinbar fest und unverrückbar verankert. So kam das Manifest zu einer wichtigen Erklärung, an die heute, angesichts gewisser Verwedelungstendenzen, zu erinnern ist.

Es heißt da :

„Der Weltherrschaft des Kapitals muß das Proletariat seine eigene Weltpolitik entgegensetzen. Aufgabe dieser Politik muß es sein, Sowjetrußland gegen die Angriffe der imperialistischen Westmächte tatkräftig zu verteidigen, die konterrevolutionären Intrigen des französischen Imperialismus in Mitteleuropa zu durchkreuzen, die revolutionären Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa von den Fesseln, die der westeuropäische Imperialismus ihnen auferlegt hat, zu befreien, die um ihre Freiheit kämpfenden Nationalitäten und Kolonialvölker gegen das Herrschaftssystem des Kapitalismus zu unterstützen und so alle revolutionären Kräfte der Welt gegen die Herrschaft des Imperialismus zu vereinigen.“

„Diese Aufgabe kann das Weltproletariat indes nur erfüllen, wenn es, geeinigt durch die Grundsätze des revolutionären Sozialismus, gestählt durch einen unerschütterlichen Kampfwillen, all seine Kräfte zu diesem Zweck in einer machtvollen internationalen Organisation zusammenschließt.“

Nicht Einigung schlechtthin — die internationale Einigung auf revolutionär-sozialistischer Grundlage, das war der Zweck der Wiener Konferenz und der durch sie geschaffenen Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Das Manifest ließ hierüber auch nicht die geringste Unklarheit bestehen. Es grenzte scharf ab sowohl gegenüber der zweiten als gegenüber der dritten Internationale.

Ueber die zweite Internationale ist im Manifest zu lesen:

„Sie ging zugrunde an der Haltung der in ihr vereinigten Parteien, die vor dem Imperialismus kapituliert haben... Die zweite Internationale existiert somit nicht mehr. Die Organisation, die sich heute als zweite Internationale bezeichnet, ist nur noch die Zusammenfassung jener Parteien, die den rein reformistischen und nationalistischen Flügel der internationalen Arbeiterbewegung bilden. Diese Parteien verkennen theoretisch die historischen Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes, indem sie das Proletariat ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Länder und die einzelnen Entwicklungsphasen auf die demokratischen Methoden beschränken. Sie geben praktisch den revolutionären Kampf um die Machtergreifung des Proletariats auf, indem sie den reformistischen Ministerialismus zulassen und in ihm den Weg zum Sozialismus sehen. Diese Parteien sind es, deren Haltung während des Krieges und nach dem Kriege das Vertrauen der Arbeitermassen der einzelnen Länder zu einander am schwersten erschüttert haben. Die sogenannte zweite Internationale, nicht fähig die lebendigen Kräfte des klassenbewußten Proletariats in sich zu vereinigen, ist nur ein Element der Zerstörung der Einheit im proletarischen Klassenkampf.“

Nicht minder scharf und bestimmt klingt, was das Manifest über die dritte Internationale ausführte:

„Sie drängt die Methoden, die die Bolschewiki in der proletarisch-bäuerlichen Revolution Rußlands angewendet haben, den Arbeiterparteien aller andern Länder als Schablone auf. Ohne Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Bedingungen des Klassenkampfes in den einzelnen Ländern, ohne Rücksicht auf die räumliche und zeitliche Bedingtheit der im Klassenkampf anzuwendenden Methoden will sie die Autonomie der einzelnen sozialistischen Parteien, die allein die konkreten Kampfbedingungen ihres Landes vollständig zu beurteilen vermögen, restlos aufheben und sie einer mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten internationalen Zentralstelle unterordnen. Sie will eine besondere, aus dem Rußland eigentümlichen kulturellen Verhältnissen erwachsene Organisationsform den sozialistischen Parteien aller Länder aufzwingen. Sie arbeitet bewußt auf die Zertrümmerung derjenigen sozialistischen Parteien hin, die sich nicht widerstandslos ihrem Diktat beugen. Sie will die Gewerkschaften den Parteien unterordnen und erstrebt die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die heute die einzige geschlossene internationale Klassenorganisation des Proletariats darstellt. Sie setzt an die Stelle des konkreten, durch die gegebenen Existenzbedingungen des Proletariats in jedem einzelnen Lande bestimmten Klassenkampfes eine Sektenbewegung, die nach vorgefaßtem, für alle Länder gleichem Plane vorgehen, von einer internationalen Zentralstelle geleitet werden soll. Auf diese Weise macht die Kommunistische Internationale sich selbst unfähig, das gesamte klassenbewußte Proletariat in ihrem Schoße zu vereinigen.“

Und in ganz ähnlicher Weise lautet der positive Teil des Berner Manifests :

„Hat die sozialistische Weltpolitik des Proletariats und die Verwirklichung des revolutionären Sozialismus das Bestehen einer aktionsfähigen internationalen Kampforganisation zur Voraussetzung, so kann eine solche Organisation nur geschaffen werden durch den unablässigen Kampf des Proletariats eines jeden Landes gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, wobei Kampfmittel und Taktik bestimmt werden durch den jeweiligen Reifegrad der revolutionären Situation. Die Arbeiterklasse kann in der Zeit, da sie noch als politische Minderheit innerhalb des bürgerlichen Staates kämpft, ihre Aktionsmittel weder auf die bisherigen Methoden des rein gewerkschaftlichen und politisch-parlamentarischen Kampfes beschränken, noch die Methoden der in akuten revolutionären Kämpfen stehenden Arbeiter- und Bauernmassen auf andere Länder schablonenhaft übertragen. Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es überall dort, wo die Bourgeoisie die proletarische Staatsgewalt sabotiert oder sich gegen sie auflehnt, diktatorische Mittel anwenden.“

Diese grundsätzlichen Anschauungen und Beurteilungen waren nicht nur die Basis, auf der sich die an der Wiener Konferenz vertretenen Parteien über das Verhältnis von „Imperialismus und sozialer Revolution“ wie über die „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“ einigten; sie schufen auch jenen Fonds von Vertrauen, der erst die Organisation und die Praxis der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien ermöglichte.

Dieses Vertrauen, ohne das eine internationale Kampforganisation nicht möglich ist, wurde gefestigt durch die Verhandlungen und Beschlüsse der ausführenden Organe der Arbeitsgemeinschaft. Sowohl das Bureau als das Exekutivkomitee der Arbeitsgemeinschaft waren redlich bestrebt, auf der Grundlage der Wiener Beschlüsse eine gradlinige, selbständige, von links und rechts unbeeinflusste Politik zu führen. Als der Parteitag der englischen Labour Party in Brighton „die Sicherung und Stärkung der zweiten Internationale und die Aufrechterhaltung der demokratischen Grundsätze der zweiten Internationale im Gegensatz zur Diktatur“ forderte und zu diesem Zweck die Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz anregte, da hat das Bureau der Arbeitsgemeinschaft der Labour Party mit folgenden Worten den Standpunkt der Wien angeschlossenen Parteien erklärt :

„Die Wiener Konferenz hat diesem Willen (zur Schaffung einer allumfassenden Internationale) in einer besonderen Resolution Ausdruck gegeben; sie hat aber gleichzeitig die Voraussetzungen umschrieben, die für die Schaffung einer allumfassenden Internationale maßgebend sind. Diese Internationale kann nur das Resultat einer im unablässigen Klassenkampf des Proletariats eines jeden Landes errungenen geistigen Klarheit sein, die den Willen zur proletarischen Einheit auf die Grundlage der gemeinsamen prinzipiellen Anschauungen stellt.“

Diese Gemeinschaft der Grundanschauungen ist heute leider noch nicht verwirklicht, und als Zeichen dafür dürfen wir den Gegensatz auffassen, der heute zwischen den Grundsätzen der zweiten Internationale und der unserer internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien angeschlossenen Parteien besteht, und der, um es mit einem Wort zu sagen, auf den Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes zurückzuführen ist.

„Solange dieser Gegensatz weiter besteht und gewisse der zweiten Internationale angeschlossene Parteien sich nicht in höherem Maße zur Einsicht über die Bedingungen und Möglichkeiten der proletarischen Revolution durchgerungen haben, fehlt die Basis der internationalen proletarischen Einigung; denn ein Zusammenschluß ohne gemeinschaftliche Grundauffassungen wäre nur eine formelle Einigung, ohne innere Geschlossenheit, ohne Kraft und Aktionsfähigkeit.“

Nicht anders lauteten die Erklärungen der Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft bei den Zusammenkünften mit den Delegierten der zweiten oder der dritten Internationale. Ich erinere nur an das Eröffnungswort Fritz Adlers auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen im April dieses Jahres und an die prächtige Rede des Oesterreichers Otto Bauer an der gleichen Konferenz.

Standen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in allen diesen Fällen fest und entschlossen auf dem Boden der Wiener Beschlüsse, so erklärten sie andererseits und zwar wiederum im Einklang mit den Wiener Beschlüssen, daß sie jederzeit bereit seien, Hand zu bieten zu gemeinsamen Aktionen mit konkreten Zielen, sofern dadurch die internationale Einigung und die internationale Kampffähigkeit des Proletariats gefördert werde. So hat man sich mit der zweiten Internationale geeinigt auf eine Erklärung über die Reparationsfrage, so einigte man sich in Berlin auf den Aufruf zu einer internationalen Rundgebung gegen die Genueser Konferenz, so einigte man sich in Amsterdam zu einer Erklärung im Interesse der deutschen Republik.

Durch die von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft eingeschlagene Politik wuchs das Vertrauen der Arbeiterklasse rascher als man es in Wien erwarten durfte. In Wien hatten Vertreter von 20 sozialistischen Parteien aus 13 Ländern ihr Einverständnis mit den Konferenzbeschlüssen erklärt, nach kaum Jahresfrist haben weitere 12 Parteien den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft nachgesucht. So hat die in Wien gegründete Organisation rasch einen bedeutenden Aufschwung genommen und ihre Rechtfertigung gefunden in der freudigen und hoffnungsvollen Zuneigung stets wachsender Arbeitermassen zu den in Wien formulierten Grundsätzen und Erklärungen und zu der auf ihrer Grundlage durchgeführten Politik.

II.

Mitten in diesem erfreulichen Aufstieg scheint nun die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien von einer innern, ihren Bestand gefährdenden Krise erfaßt zu werden.

Warum? Was ist geschehen?

Der Krisenherd liegt in Frankreich und in Deutschland.

In Frankreich bestand immer eine starke Strömung, die zu der zweiten Internationale und ihren Grundsätzen hinneigte. Die französische sozialistische Partei ist zwar noch vor der Spaltung aus der zweiten Internationale ausgetreten. Maßgebend für diesen Austritt war indes weniger die prinzipielle Nichtübereinstimmung mit der zweiten Internationale als die Abneigung, mit den deutschen

Kriegssozialisten, den heutigen Mehrheitlern, an einen Tisch zu sitzen. Die sozialpatriotische Mehrheit in der französischen Partei hat nie einsehen und noch viel weniger zugeben wollen, daß sie prinzipiell auf dem gleichen Boden steht wie die deutsche Mehrheits-Sozialdemokratie. In Wahrheit bestand eine grundsätzliche Verschiedenheit zwischen den beiden sozialpatriotisch orientierten Richtungen in Frankreich und in Deutschland nie. Beide Richtungen anerkannten die Pflicht zur Landesverteidigung im Rahmen des imperialistischen Staates, beide Parteien stellten sich an die Seite der Bourgeoisie, beide Parteien stellten die nationale Solidarität mit der Bourgeoisie über die internationale Klassensolidarität des Proletariats und beide Parteien gerieten nur deswegen auseinander, weil die Bourgeoisien der beiden Länder imperialistischer Bedürfnisse halber sich stritten und ihren Interessen durch den Krieg glaubten dienen zu können.

In Deutschland ist es während des Krieges zur Parteispaltung gekommen. Es wurde die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet. Diese Partei lehnte sich gegen die in der zweiten Internationale herrschenden Grundanschauungen auf. Im Gegensatz zur alten Partei erkannte sie den wirklichen Charakter des Weltkrieges besser und bezog gegenüber der Regierung und den nationalistischen Strömungen eine entschiedene Oppositionsstellung. Dadurch kam sie ungewollt der sozialpatriotischen Richtung in der französischen Partei entgegen. Mit den „kaiserlichen“ Sozialisten durfte die sozialpatriotische Richtung in Frankreich nicht in Berührung kommen, mit den oppositionellen Unabhängigen dagegen wohl. Inzwischen war in Frankreich eine vorübergehende Linksorientierung der Partei eingetreten, die den Austritt aus der zweiten Internationale und die Vereinigung in einer internationalen Organisation — eben der Wiener Arbeitsgemeinschaft —, der auch die Unabhängigen angehören, erleichterte. Obwohl grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt stehend wie die deutschen Mehrheitssozialisten, erklärte in Frankreich auch die Richtung Renaudel ihr Einverständnis mit dem Beitritt zur Wiener Arbeitsgemeinschaft, denn die internationale Verbindung mit den deutschen Unabhängigen bot in Frankreich weniger Angriffspunkte als eine in der Atmosphäre der Nachkriegszeit entstandene Anlehnung an die deutschen Mehrheitler.

Die kommunistische Spaltung hatte nun aber in Frankreich die sozialistische Partei stark dezimiert. Die große Mehrheit der früheren Partei schwenkte in das kommunistische Lager ab, die Partei wurde ihres bedeutendsten Organs, der „Humanité“ beraubt, die Minderheit blieb ohne großen Anhang und ohne ausreichende Finanzmittel. Um so konsequenter setzte sich eine gewisse Rechtsentwicklung durch und nicht zuletzt aus diesem Grunde konnte die belgische Arbeiterpartei der französischen Partei mit verhältnismäßig großen Geldmitteln zur Aufrechterhaltung des „Populaire“, der Pariser Tageszeitung der französischen sozialistischen Partei, beispringen.

Inzwischen hatte die während des Krieges aktionsunfähig gewordene zweite Internationale wieder mobil gemacht. Der Krieg

war vorbei, in Deutschland das Kaiserreich formell verschwunden, die Reparationspolitik wurde zu einer Gefahr auch für die Valuta und für die Arbeiterschaft der Entente-Staaten, und nun durfte man es wagen, den deutschen Mehrheitslern wieder die Hand zur Versöhnung zu reichen. Wenn aber die Belgier und die Engländer mit den deutschen Mehrheitslern sich ausöhnten, so fiel auch für die Franzosen der Grund zur Aufrechterhaltung ihres intransigenten Standpunktes dahin.

Auf diesem Hintergrund reifte der Wille der jetzt stark rechts orientierten französischen Partei zur Wiedervereinigung mit der zweiten Internationale. Da grundsätzliche Unterschiede zwischen den beiden Teilen nie bestanden haben, die Entzweiung lediglich eine Folge des Verhaltens im Kriege war, wobei sich jeder Teil auf die von der zweiten Internationale nie geleugnete Pflicht zur Vaterlandsverteidigung berufen konnte, darf es nicht überraschen, wenn heute in Frankreich der Anschluß an die zweite Internationale, die Rückkehr zu den alten Freunden, immer offener gesucht und als eine Notwendigkeit dargestellt wird.

In Deutschland haben die Verhältnisse eine andere Entwicklung genommen, sie führen aber zwangsläufig zu einer ähnlichen Situation wie in Frankreich.

Nach einem kurzen Aufschwung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands untergrub die kommunistische Spaltung ihren weiteren Aufstieg. Zunächst begünstigt jede Parteispaltung jene Elemente, die die Spaltung zum Vorwand nehmen, um überhaupt aus jeder Organisation zu flüchten und auf den Bezug der Parteipresse zu verzichten. Die Mitgliederzahlen fielen gewaltig, die Auflagen der Parteiblätter nicht minder.

Dazu kommt, daß die Unabhängige Partei im Reichstag weit über ihre tatsächliche Stärke hinaus vertreten ist. Die letzten Reichstagswahlen fanden noch vor der Parteispaltung in Halle statt. Durch ihre etwa 70 Mandate kommt der Unabhängigen Partei im Reichstag eine Stellung zu, die die wirkliche Macht der Partei weit übertrifft. Dieser Widerspruch erschwert nicht nur die Taktik der Unabhängigen, er wird der Partei verhängnisvoll. Die Parteikonstellation im deutschen Reichstage schiebt den Unabhängigen als Fraktion eine Verantwortung zu, die sie als Partei, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben will, nicht tragen können. In allen wichtigen Fragen der Republik gibt die Fraktion der Unabhängigen den Ausschlag. Dadurch gerät die Partei immer mehr in eine Zwitterstellung. Auf der einen Seite bekämpft sie die Politik der Mehrheitssozialisten und in entscheidenden Momenten sanktioniert sie die Ergebnisse dieser von ihr bekämpften Politik. Daß dadurch eine geistige Verwirrung und eine Lähmung der Stoßkraft der Partei entsteht, liegt auf der Hand. So leidet die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands seit der Parteispaltung in Halle an einer innern Krise, die sich in dem Maße verschärfte, als sich die Wirt-

schaftslage Deutschlands verschlechterte und im Zusammenhang damit die nationalistisch-monarchistische Bewegung zu einer Gefahr für die Republik wurde.

Wie die Lösung finden? Es ist klar, daß sie zunächst in der Korrektur des Verhältnisses zwischen der Stärke der Reichstagsfraktion und der Stärke der Partei läge. Diese Lösung aber hätte zur Voraussetzung die Auflösung des Reichstages, die Ausschreibung von Neuwahlen. Diese Entscheidung herbeizuführen, hätte längst in der Hand der Unabhängigen Partei gelegen, so bei Gelegenheit des Londoner Ultimatums, neuestens wieder bei der Beratung des Gesetzes zum Schutz der deutschen Republik. Die Unabhängige Partei wich der Entscheidung jedesmal aus und stimmte mit den Mehrheitssozialisten für das Kabinett Wirth.

Für diese Haltung mögen praktische Gründe innerparteilicher Art maßgebend gewesen sein. Ein Wahlkampf über das ganze Reich hinweg ist eine außerordentlich kostspielige Sache. Crispian rechnete mir vor, daß einzig der Stimmzettel in Berlin etwa zwei Millionen Mark, ein Flugblatt etwa eine halbe Million Mark kosten würde. Auf das ganze Reich bezogen würde man mit einer Wahlkostenberechnung nur für die Unabhängigen in der Höhe von fünfzig oder sechzig Millionen Mark wohl kaum zu hoch greifen. (Valuta Juli 1922.) Nun sind aber die Parteikassen leer, die Mitgliederbeiträge gehen nur spärlich ein und reichen kaum hin zur Aufrechterhaltung des jetzt bestehenden Parteiapparates.

Es kommt hinzu, daß das Reichstagsmandat heute eine Existenz bedeutet. Die Diäten sind so bemessen, daß ein Reichstagsabgeordneter daraus leben kann. Nur so ist es möglich, daß die Unabhängige Partei in der Lage ist, ihren Stab von Funktionären, trotz der enormen Teuerung und den schwindenden Mitgliederbeiträgen, aufrecht zu erhalten. Kommt aber eine Reichstagsauflösung, so stehen die Abgeordneten mindestens bis zu ihrer Wiederwahl aller Existenzmittel entblößt da, ohne daß ihnen die Partei irgendwie ausreichend helfen kann. Die Frage ist aber nicht nur zeitlich auf die reichstagslose Periode beschränkt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß an der Stärke ihrer heutigen Wählermassen gemessen die Unabhängige Partei bei Neuwahlen erheblich geschwächt in den Reichstag zurückkehren würde. Der Grund liegt nicht allein in dem durch die Spaltung und durch die Wirtschaftslage hervorgerufenen Mitgliederschwund. Die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands an und für sich ist einem Wahlerfolg der Unabhängigen ungünstig. Gegner der Koalitionspolitik, kamen sie kraft ihrer Stärke im Reichstag stets in die Lage, die Resultate dieser Politik im entscheidenden Moment zu verteidigen. Diese Tatsache gibt selbstverständlich keine vielversprechende Plattform für die Neuwahlen, vor allem keine Operationsbasis, die es erlaubt hätte, den Mehrheitssozialisten und den Kommunisten erhebliche Teile ihrer Wählermassen zu entziehen. Berücksichtigt man endlich noch, daß die Unabhängige Partei politisch zwischen den Mehrheitssozialisten und den Kommunisten

steht und daß in Zeiten heftiger Wahlkämpfe die Mittelparteien stets am stärksten mitgenommen werden, so versteht man psychologisch das Bestreben, Neuwahlen wenn immer möglich zu vermeiden.

Meine Sache ist es nicht, an dieser Stelle zu untersuchen, ob die politische Einstellung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtig war oder nicht. Es genügt, die Tatsachen festzustellen, weil sich aus ihnen weitere Erklärungen ergeben.

Wenn die Unabhängigen aus Furcht vor einer Niederlage der Reichstagsauflösung auswichen, so haben sie damit das Uebel, an dem die Partei krankt, natürlich nicht beseitigt. Sie verschlimmerten es im Gegenteil. Der alte Widerspruch bleibt bestehen und damit die Quelle der Unklarheit und Verwirrung. Zwar konnte die bei Neuwahlen zu riskierende Niederlage vermieden werden, aber die Niederlage kommt nur in anderer Form und auf anderem Wege. Das Vertrauen zur Partei schwindet infolge der widerspruchsvollen, in dem Mißverhältnis zwischen der Stärke der Reichstagsfraktion und der Stärke der Partei begründeten Politik. Der Rückgang der Partei wird immer unvermeidlicher, das organisatorische und finanzielle Unvermögen immer größer. Wenn die Unabhängige Partei mit der Vermeidung von Neuwahlen das Eingeständnis ihrer tatsächlichen Schwäche vermeiden wollte, so ist es nur konsequent, daß sie versucht, um dieses Eingeständnis auch jetzt herumzukommen, wo die Neuwahlen zwar vermieden sind, der Rückgang der Partei sich aber gleichwohl weiter vollzieht.

Der Rathenau-Mord kam diesem Bestreben entgegen und erleichterte die Lage. Die Republik ist in Gefahr, die Abwehr heischt ein geschlossenes Auftreten der Arbeiterklasse, nie hätte man ein besseres Schulbeispiel für die Notwendigkeit der proletarischen Einigung finden können. So kam die plötzliche Einigungsstimmung auf, die für einen Augenblick alles Trennende zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien zurücktreten ließ und zunächst zur parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft führte, wie sie morgen zur „Einigung“ der beiden Parteien führen wird.

Ist der Verlauf dieses „Einigungsprozesses“ sozusagen normal, so darf man sich über seinen tatsächlichen Inhalt keinen Täuschungen hingeben. Er widerspricht so ziemlich allem, was in den Wiener Konferenz-Beschlüssen als Voraussetzung der proletarischen Einigung umschrieben wurde. Nicht die Mehrheitssozialisten haben sich den Grundsätzen der Unabhängigen genähert. Sie sind auf ihrer Linie geblieben und können für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihre Haltung nicht zu ändern brauchten, um zu der in der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft bestehenden Einigung und morgen zu der vollständigen Verschmelzung mit den Unabhängigen zu kommen. Auch die Unabhängigen haben vorläufig ihre Grundsätze nicht aufgegeben, aber sie haben sie in den Hintergrund gestellt und sich aus Furcht vor dem offenen Eingeständnis ihrer Schwäche aus organisatorischen und materiellen Gründen den Mehrheitssozialisten genähert. Es ist, wie es in den

Wiener Beschlüssen heißt, ein Zusammenschluß ohne gemeinschaftliche Grundauffassung und daher eine formelle Einigung, ohne innere Geschlossenheit.

III.

Der Hinweis auf diese Entwicklung in der französischen Partei und in der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ist nötig, weil aus ihr da und dort gefolgert wird, daß mit der Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland auch der Augenblick für die Verschmelzung der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft gekommen sei. Auch habe sich nun gezeigt, daß mit den Kommunisten an ein Zusammengehen nicht zu denken sei, und nachdem die Kommunisten selbst das Zustandekommen der proletarischen Einigung zerstört hätten, sei es um so verständlicher, daß sich die zweite Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft zusammenfänden.

Daß die zweite Internationale diesen Schritt wünscht, ist begreiflich und unschwer zu erkennen. Seit Monaten versuchten einige ihrer Vertreter Sprengpulver in die Reihen der der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien zu streuen. Seit Monaten wird die Mär verbreitet, daß der Einigung dieser zwei internationalen Organisationen nur das Bureau der Wiener Arbeitsgemeinschaft Widerstand bereite, daß man sachlich durchaus übereinstimme, aus persönlichen Gründen aber eine Verschmelzung zu hintertreiben suche. Auf diesen Ton war ja auch ein Teil der Polemik in der „Sentinelle“ eingestellt.

Nun ist die Frage der internationalen Einigung so ungeheuer wichtig, daß alles Persönliche auszuscheiden und nur das rein Sachliche die Diskussion zu beherrschen hat. Nur eine auf diesem Boden geführte Auseinandersetzung kann die wünschenswerte Klarheit und schließlich einen den Interessen des Proletariats dienenden Entscheid herbeiführen.

Wie soll sich nun die Wiener Arbeitsgemeinschaft zu dem Problem stellen?

Zwei Fragen scheiden meines Erachtens von vorneherein aus: die Rücksicht auf die Kommunisten und die Rücksicht auf die Selbstständigkeit der eigenen internationalen Organisation.

Die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat sich die internationale Einigung des Proletariats zum Ziel gesetzt. Schon bei ihrer Gründung hat sie erklärt, daß sie keineswegs den Anspruch darauf erhebe, eine eigentliche Internationale zu sein, so wenig als sie diesen Charakter den beiden andern internationalen Organisationen zuerkannte. In der Zielsetzung liegt also schon der Verzicht auf die Selbstständigkeit, sobald im übrigen die Voraussetzungen für die internationale Einigung erfüllt sind. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat die große Aufgabe, sich selber überflüssig zu machen, indem sie die Bedingungen der internationalen Einigung des Proletariats zu schaffen versucht. A l e b e r



flüssig und zur Auflösung reif aber wird sie erst dann, wenn diese Bedingungen vorhanden sind.

Aus eben diesem Grunde fallen die Rücksichten auf die Kommunisten fort. Es ist argumentiert worden, eine Verschmelzung der Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der zweiten Internationale könne erst dann erfolgen, wenn auch die kommunistischen Parteien für die Einigung reif seien. So steht aber das Problem nicht. Wenn sich in der zweiten Internationale eine Evolution der Anschauungen in dem Sinne vollzöge, daß sie die Pflicht zur Landesverteidigung im Rahmen des imperialistischen Staates preisgibt, die Auffassung, als ob sich das Proletariat in seinen Kämpfen um die wirtschaftliche und politische Macht unbeschadet der jeweiligen historischen Situation auf die demokratischen Methoden zu beschränken habe, verläßt, auf den reformistischen Ministerialismus verzichtet, so wäre es selbstverständliche Pflicht der Wiener Arbeitsgemeinschaft, sich mit ihr zu verschmelzen, ohne irgendwelche Rücksicht auf die abseits stehenden Kommunisten. Die Frage der internationalen Einigung ist also nicht eine Frage des Verhältnisses der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu den Kommunisten und zu der zweiten Internationale, wohl aber ist sie eine Frage der gemeinsamen Grundanschauungen, die vorhanden sein müssen, wenn sich eine wirkliche Internationale aus dem Chaos der heutigen Lage herauskristallisieren soll.

Sie ist aber eben deswegen auch nicht eine deutsche Frage in dem Sinne, daß die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland die Notwendigkeit der Verschmelzung der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der zweiten Internationale darstelle. Wir haben die tieferen Gründe der deutschen Einigung kennen gelernt. Es handelt sich da nicht um eine Einigung in den Grundanschauungen der beiden Parteien. Um mit Personen fachliche Richtungen zu bezeichnen: eine Ledebour und ein Scheidemann würden ihre Auffassungen nicht ändern, auch wenn sie in einer Partei ständen. In Deutschland selbst scheint übrigens die Begeisterung für den Zusammenschluß schon merklich abgeflaut zu sein, weil man sich bei kühler Betrachtung Rechenschaft über die grundlegenden Differenzen zu geben scheint. Das ist indes nebensächlich. Es soll nur angedeutet werden, daß die Verhältnisse in Deutschland die Verschmelzung der beiden Parteien bedingen können, ohne daß deswegen gleichartige Bedingungen in den andern Ländern vorhanden sind.

Welche Verhältnisse würden sich heute praktisch ergeben, wenn eine Verschmelzung der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der zweiten Internationale mit Rücksicht auf die Einigung in Deutschland erfolgte?

Da sind zunächst alle jene Parteien, die zurzeit überhaupt keiner internationalen Organisation angeschlossen sind. Ein großer Teil dieser Parteien hat Vertrauen in die Wiener Arbeitsgemeinschaft geschöpft und sich zum Beitritt angemeldet. Und es sind nicht die unwichtigsten. Um nur ein paar Namen zu nennen: die Socialist

Party A m e r i k a s , die einzige sozialistische Organisation, die es in den Vereinigten Staaten überhaupt gibt; die sozialistische Partei Argentiniens; die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens; die sozialdemokratische Partei Finnlands; die sozialistische Partei Griechenlands und andere. Wie werden sich diese Parteien bei einer Verschmelzung von Wien und London verhalten? Die Vermutung liegt nahe, daß sie auf einen Beitritt verzichten würden, denn um nach London zu gehen, hätten sie nicht den Umweg über Wien zu machen brauchen, die direkte Route wäre einfacher gewesen.

Italien hat heute noch eine organisatorisch geschlossene Partei. Morgen schon kann sie gespalten sein. Der eine Teil wird sich der zweiten Internationale gerne anschließen, der andere vielleicht für Wien zu haben sein. Daß aber beide Parteien in London unter einem Dach heimisch würden, das erscheint, so wie die Verhältnisse heute liegen, ausgeschlossen.

Nicht anders steht es in der T s c h e c h o s l o w a k e i . Die tschechische Sozialdemokratie ist der zweiten Internationale angeschlossen, die deutsche Sozialdemokratie bei der Wiener Arbeitsgemeinschaft organisiert. Zwischen beiden Parteien bestehen große Differenzen, die auf die Nationalitätenfrage zurückgehen. Auch hier würde die internationale Verschmelzung nicht zu einer nationalen Einigung der Parteien führen.

Sobald man die konkreten Verhältnisse betrachtet, zeigt sich, daß die Verschmelzung der Arbeitsgemeinschaft und der zweiten Internationale zurzeit keineswegs die Einigung der außerhalb der kommunistischen Internationale stehenden Parteien bedeutet. Das gewollte Ziel würde praktisch nicht erreicht, ein Teil der Parteien würde abseits stehen wie bisher, ein anderer Teil — und hierzu rechne ich auch die sozialdemokratische Partei der Schweiz —, der bisher international organisiert war, auf die Zugehörigkeit zur umgemodelten und durch Wien verstärkten zweiten Internationale verzichten.

Neben diesen rein praktischen Erwägungen kommt in Betracht, daß die in den Wiener Beschlüssen genannten Voraussetzungen einer internationalen Einigung noch keineswegs erfüllt sind. Die Parteien der zweiten Internationale stehen in ihrer großen Mehrheit grundsätzlich auf einem a n d e r n Boden als die der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien. Man frage einmal die B e l g i e r , ob sie die Forderung einer Zerreißung der imperialistischen Friedensverträge unterstützen? Man frage die E n g l ä n d e r , ob sie die Diktatur des Proletariats im Sinne der Wiener Beschlüsse anerkennen? Man frage die D e u t s c h e n , ob sie auf den Ministerialismus verzichten? Man frage endlich die z w e i t e I n t e r n a t i o n a l e , wie sie sich zum Problem der Landesverteidigung im imperialistischen Staate stellt?

Diese Fragen haben keineswegs nur theoretischen Charakter, wie Leute glauben mögen, die im Zeitraum eines armseligen Jährchens

so gründlich umlernten, daß sie heute das verleugnen, was sie vor kurzem in hohen Tönen als unverbrüchliche Wahrheit priesen. Man stelle sich nur die Weiterentwicklung nach der Londoner Konferenz der alliierten Regierungen vor. Was wird die zweite Internationale tun, wenn morgen Poincaré den französischen Soldaten befiehlt, in Deutschland einzumarschieren? Was werden die belgischen, was die französischen Sozialisten tun? Ob sich nun die schlimmsten Befürchtungen bewahrheiten oder nicht, darauf kommt es nicht an. Wichtig ist zu wissen, daß heute die gleiche Atmosphäre nationalistischer Vergiftung herrscht wie nach dem Kriegsausbruch im Jahre 1914 und daß sich abermals vor der Internationale gebieterisch die Frage der Landesverteidigung, der Rüstungen und des Imperialismus in ihrer ganzen Breite stellt. Diese Fragen aber haben in der zweiten Internationale noch keine Klärung gefunden und solange das nicht geschehen ist, scheint mir die Diskussion einer Verschmelzung der Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der zweiten Internationale zum mindesten *v e r f r ü h t*.

IV.

Wenn zurzeit von einer Verschmelzung der beiden internationalen Organisationen nicht die Rede sein kann, so bedeutet das *k e i n e s - w e g s* den Verzicht auf gemeinsame Aktionen, wo solche möglich sind.

Wir Schweizer sind da mit gutem Beispiel vorgegangen. Wir haben zur Bekämpfung der Ley Häberlin einen Block mit den Kommunisten und mit den Grütlianern gebildet. Wir machten schon vorher Gemeinschaft mit den Kommunisten in den Demonstrationen gegen die Zollerhöhungen. Auf noch breiterer Basis kam die Kampfgemeinschaft gegen die Verlängerung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit zustande. Hier stehen Kommunisten, Sozialdemokraten und Grütlianer, sozialdemokratische, christliche und gelbe Gewerkschafter in einer Kampffront. Keinem Parteigenossen wird es einfallen, die Zweckmäßigkeit solcher Aktionsgemeinschaften zu leugnen, so wenig als früher jemand Anstoß daran genommen hat, daß zur Erringung des Proporztes oder zur Bekämpfung des Gotthardvertrages Sozialdemokraten und Bürgerliche umfassende Aktionskomitees gebildet haben. Keinem Parteigenossen ist es aber auch je eingefallen, aus der Tatsache derartiger, für ganz bestimmte Zwecke geschaffener Aktionsgemeinschaften die Forderung einer Verschmelzung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten oder den Grütlianern, oder der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit den Christlichen oder den Gelben abzuleiten.

Nun, wohl an, was national bei uns praktische Gestalt angenommen hat, das kann auch international vielleicht mit Nutzen, jedenfalls ohne Schaden geschehen. Es kann nicht nur geschehen, es ist bereits geschehen. Die Konferenzen in Frankfurt zwischen

den Parteien der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, in Amsterdam zwischen den gleichen Parteien unter Hinzuziehung des internationalen Gewerkschaftsbundes sind Beweise. Je nach der internationalen Situation können sich solche Konferenzen, bei denen dann freilich zu hoffen ist, daß ihnen auch Aktionen, tatkräftige Aktionen folgen werden, wiederholen. Und je nach der internationalen Lage kann aus solchen Konferenzen eine dauernde Aktionsgemeinschaft in der Form einer internationalen Föderation hervorgehen, wobei sich die beteiligten Organisationen von Fall zu Fall ihre Entscheidung vorbehalten und keineswegs ihre organisatorische Selbständigkeit preiszugeben haben.

Das scheint mir überhaupt die Entwicklung zur internationalen Einigung des Proletariats zu sein: Aktionsgemeinschaft, internationale Föderation und schließlich daraus hervorgehend die ideelle und organisatorische Einheitsfront des Weltproletariats. Heute sind wir noch nicht so weit. Heute hat die Wiener Arbeitsgemeinschaft als selbständige Organisation, trotz der Entwicklung in Deutschland und trotz der Strömung in Frankreich, noch eine Mission zu erfüllen. Sie verkennen wäre ebenso töricht, wie die internationale Einigung ausschlagen, wenn ihre Bedingungen gegeben sind.

Geschichtliche Rückblicke bei Anlaß der jetzigen Revision des Fabrikgesetzes.

Von Dr. F. Hausler, Basel.

Gegenwärtig steht die Frage der Abänderung des erst am 27. Juni 1919 neugeschaffenen Artikels 41 des Fabrikgesetzes vom 18. Juni 1914 im Vordergrund des politischen Interesses. Zusammen mit dem Widerstand gegen den scheinbar unaufhaltsam fortschreitenden Lohnabbau verdichtet sich der Kampf um die Arbeitszeitverlängerung zum gemeinsamen Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen die zunehmende Reaktion. Zwar handelt es sich nach der Behauptung des Bundesrates zunächst um eine vorübergehende Notmaßnahme, und auch der Wortlaut des Vorschlags ist entsprechend. Es soll einfach die Möglichkeit geschaffen werden, für Zeiten der Wirtschaftskrisis eine gewisse Elastizität in der Ausdehnung und Anpassung der Arbeitszeit zu suchen. Das scheint auf den ersten Moment eine durchaus zweckmäßige und vernünftige Maßnahme zu sein. In Wirklichkeit aber geht es um nichts mehr und nichts weniger als um die definitive und endgültige Aufhebung der 48-Stundenwoche, zunächst für die Fabrikarbeiterschaft, selbstverständlich dann aber auch für die übrige Arbeiterschaft der Schweiz. Daß dieser Standpunkt richtig ist, geht mit aller Deutlichkeit aus den Verhandlungen der Bundesversammlung hervor. Es geht um die soziale Errungenschaft der Kriegszeit. Doch darüber möchte ich mich heute nicht auslassen, ebensowenig wie über die innere Berechtigung des